

Wahlprüfsteine Integrationsrat

I. Verwaltung und Integration

1. Herausforderungen bei der Ausländerbehörde und anderen Ämtern

• Dringende Herausforderungen & Maßnahmen:

Die Grünen sehen, dass Ämter wie das Amt für Migration und Integration oft mit langer Terminvergabe, schwieriger Erreichbarkeit und Verständigungshürden zu kämpfen haben. Konkrete Maßnahmen, die wir umsetzen wollen:

- Verbesserung der Erreichbarkeit und mehrsprachige Informationen, z. B. Formulare in einfacher Sprache.
- Erweiterte telefonische Sprechzeiten und niedrigschwellige Vor-Ort-Beratung für Menschen mit geringen Deutsch- oder Computerkenntnissen.
- Stärkere Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Beratungseinrichtungen, damit Migrant:innen und Geflüchtete einfacher Zugang zu Unterstützung erhalten.
- Transparenz bezüglich Bearbeitungsstand der Anträge
- Beschwerdemanagement und Verweisberatung direkt in der Nähe der Ausländerbehörde

• Hauptursachen für wahrgenommene Defizite:

Wir sehen die Defizite nicht allein als Personalproblem, sondern als Ergebnis von strukturellen Engpässen, begrenzten Ressourcen, komplizierten Verwaltungsprozessen und zu wenig nutzerzentrierter Digitalisierung.

Reformen sollten umfassen:

- Bürger:innenorientierte Verwaltung (weniger Amtsdeutsch, einfachere Formulare und Beiblatt zu offiziellen Bescheiden auf verständliche Sprache).
- Kapazitätsaufbau in Schlüsselbereichen (z. B. Migration/Integration) durch zusätzliche Stellen sowie gezielte Qualifizierung, insb. im Bereich Antidiskriminierung.
- Transparente Abläufe und klarere Zuständigkeiten, damit Bürger:innen schneller wissen, wer was macht.

2. Effizienz und Bürgernähe

• Verbesserungen im Verwaltungsprozess:

Wir Grüne setzen uns für verlässliche, transparente und bürgernahe Verwaltungsvorgänge für alle Menschen in Nürnberg ein. Dazu zählen:

- Stärkung von digitalen Services, wo sie sinnvoll sind, aber ergänzt durch persönliche Ansprech- und Unterstützungsangebote.
- Messbare Verbesserungen, z. B. durch kürzere Wartezeiten, standardisierte Prozesszeiten (z. B. Terminvergaben, Bescheiderstellung) und regelmäßige Zufriedenheitsbefragungen.

- **Digitalisierung ohne Ausschluss:**

Digitalisierung soll inklusiv sein. Das bedeutet:

- Mehrfachzugänge anbieten: online und telefonische oder persönliche Präsenzangebote,
- Barrierefreie Online-Formulare (z. B. Screenreader-Kompatibilität),
- Unterstützung für Menschen ohne digitale Kompetenz – etwa Ansprechstellen vor Ort oder digitale Begleitung durch Ehrenamtliche/Sozialarbeitende.

3. Sichtbarkeit von Integrationsthemen

Wir halten es fatal, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die noch nicht eingebürgert sind, immer noch kein Wahlrecht haben. Für uns sind alle Bürger:innen unserer Stadt, die hier arbeiten, Kinder erziehen, Kultur mitgestalten und nicht zuletzt Steuer zahlen. Daher ist es - bis dieses demokratische Defizit auf der Bundesebene behoben wird - umso wichtiger, dass wir Vor-Ort-Beteiligung ermöglichen und echte Mitgestaltung schaffen. Gerade deshalb möchten wir den Integrationsrat stärken und mit weiteren Rechten in der Entscheidungsfindung im Stadtrat ausstatten.

Unser Ansatz ist also *von Menschen mit Migrationshintergrund, für Menschen mit Migrationshintergrund*. Der Idee eines Integrationsbeauftragten stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Eine Beauftragte würde jedoch ohne ausreichend personelle Ressourcen in einer Halbmillionenstadt wie Nürnberg wenig Sinn machen. Wir setzen unser Schwerpunkt stattdessen auf die Optimierung der bisherigen Strukturen, auf zahlreiche Formate in der Querschnittsverwaltung und auf die Stärkung des Integrationsrates. Nürnberg hat zahlreiche Strukturen verwaltungsintern - in Verbindung mit migrantischen Gruppen - aber auch Instrumente entwickelt. Diese müssten ernst genommen und umgesetzt werden, wie bspw. der Diversity-Check bei den Anträgen.

II. Bildung und Chancengleichheit

4. Frühe Sprachförderung

Die Grünen setzen sich für bedarfsorientierte, frühzeitige Sprachförderung ein, z. B.

- durch mehr sprachliche Bildungsangebote in Kitas,
- Kooperationen zwischen Jugendhilfe, Schulen und lokalen Initiativen,
- niedrigschwellige Angebote, die Familien direkt dort erreichen, wo sie sind (Stadtteilzentren, Begegnungsorte).
- Wir setzen auf gezielte Sprachförderung ab der Kita und wollen Deutschkurse noch zugänglicher machen und zielgruppenspezifische, mehrsprachige Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche in den Abschlussklassen und kurz nach dem Abschluss. Die muttersprachliche Erziehung und Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit sehen wir als Kompetenz, die wir ermöglichen und würdigen, anstatt diese zu unterdrücken.

5. Antidiskriminierung im Bildungswesen

Diskriminierung an Schulen verstehen wir nicht als Einzelfälle, sondern als strukturelle Herausforderung, der systematisch begegnet werden muss. Deshalb setzen wir uns für den gezielten Aufbau nachhaltiger Antidiskriminierungsstrukturen an Nürnberger Schulen ein.

Ein zentraler Baustein ist zunächst eine wissenschaftlich begleitete Bestandsaufnahme, um Formen, Ausmaß und Ursachen von Diskriminierung an Nürnberger Schulen sichtbar zu machen. Auf dieser Grundlage sollen passgenaue Maßnahmen entwickelt werden, statt nur punktuell zu reagieren.

Darauf aufbauend wollen wir ein schulübergreifendes Antidiskriminierungsnetzwerk etablieren. Dieses umfasst eine zentrale koordinierende Antidiskriminierungsstelle sowie benannte Antidiskriminierungsbeauftragte an den einzelnen Schulen, die als niedrigschwellige Ansprechpersonen für Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte fungieren und klare Interventions- und Unterstützungswege sichern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die systematische Qualifizierung von Lehr- und Fachpersonal. Regelmäßige Fortbildungen zu Themen wie Alltagsrassismus, Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus, Queerfeindlichkeit und weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sollen Handlungssicherheit schaffen und Prävention stärken.

Ergänzend setzen wir auf präventive schulische Kampagnen, die über Diskriminierungsformen, Unterstützungsangebote und Meldewege informieren und eine diskriminierungssensible Schulkultur fördern.

Da viele Schulen staatlich organisiert sind, setzen wir uns zudem dafür ein, dass auch auf Landesebene Antidiskriminierungsstrukturen ausgebaut und ausreichend finanziert werden. Ziel ist eine Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht oder sozialem Hintergrund – gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen haben.

III. Wohnen

6. Bezahlbarer Wohnraum für alle

Bezahlbarer Wohnraum ist ein Kernthema im Grünen Wahlprogramm (z. B. durch Stärkung von Genossenschaften, Bekämpfung von Leerstand). Die Maßnahmen zielen darauf ab, dass Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte gleichberechtigt Zugang zu Wohnraum haben.

Daher setzen wir uns dafür ein,

- den Bau von geförderten und dauerhaft bezahlbaren Mietwohnungen durch Priorisierung bei der Planung deutlich beschleunigen,
- bestehende Sozialbindungen langfristig zu erhalten und zu sichern,
- die 40-Prozent-Quote für sozialen Wohnraum bei städtebaulichen Verträgen zu verteidigen und diese mittelfristig weiter zu erhöhen,
- dass gemeinwohlorientierte Wohnungsanbieter:innen wie Genossenschaften oder sozialen Wohnprojekten auch weiterhin Vorrang bei der Vergabe von Bauflächen und Wohnungsförderung haben,

- die Zweckentfremdung von Wohnraum, beispielsweise für Tourismus, einzudämmen,
- beim Neubau noch stärker auf eine gesunde soziale Durchmischung der Quartiere drängen.

7. Soziale Durchmischung

Soziale Durchmischung lässt sich fördern durch:

- Quartiersansätze, die Gemeinschaftseinrichtungen, Freizeitangebote und Treffpunkte stärken,
- Wohnformen, die verschiedene Einkommensgruppen im Quartier halten,
- gezielte Stadtteil- und Quartiersentwicklung, um Ghettoisierungstendenzen entgegenzuwirken.

IV. Arbeitsmarkt und Integration

8. Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration

Wir befürworten Maßnahmen, die die Arbeitsmarktintegration beschleunigen, z. B.:

- Anerkennung von Qualifikationen erleichtern,
- sprachliche und berufliche Qualifizierungsprogramme ausbauen,
- Kooperation mit lokalen Ausbildungs- und Arbeitgebernetzen.
- Wir möchten ein Wohnheim für Auszubildende realisieren, das finanzierbares eigenständiges Wohnen ermöglicht. Unser Ziel ist es, dass es keinen jungen Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – gibt, der seine Ausbildung bei der Stadt Nürnberg wegen der Wohnsituation in Frage stellt. Die Berufsfelder bei der Stadt sind erstaunlich vielfältig, daher können wir alle nur ermutigen, sich bei der Stadt umzusehen. Wir setzen uns zudem bei einem erfolgreichen Abschluss für eine Übernahmegarantie bei der Stadt bzw. in einem städtischen Betrieb ein. Des Weiteren setzen wir uns für die Beschleunigung hinsichtlich Anerkennung von ausländischen Schul- und Berufsabschlüssen ein. Den Zugang zum Studium wollen wir durch enge Zusammenarbeit mit unseren Hochschulstandorten erleichtern und die neue Technische Universität Nürnberg zu einer hochmodernen, internationalen Universität ausbauen.

9. Förderung benachteiligter Gruppen

Besondere Unterstützung für z. B. Frauen mit Migrationsgeschichte oder junge Geflüchtete kann umfassen:

- gezielte Angebote zur Berufsorientierung und Qualifizierung,
- Mentoring-Programme, Netzwerke und Kooperationspartnerschaften mit Ausbildungsbetrieben,
- niedrigschwellige Zugänge zu Berufsinformationen und Bewerbungstrainings.

V. Beteiligung und Mitbestimmung

10. Politische Teilhabe und Mitbestimmung

Die Grünen wollen innovative Beteiligungsformate nutzen, z. B.:

Bürger:innenräte, Stadtteilforen oder digitale Beteiligungsplattformen,

- gezielte Outreach-Aktionen, um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu mobilisieren und einzubinden,
- Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement tragen unsere Stadt, sie schaffen und pflegen Identität, öffnen Welten, bieten Heimat. Viel zu oft helfen Ehrenamtliche den Staat in seinen Pflichtaufgaben aus. Deshalb liegt es uns am Herzen, Vereine unkompliziert zu fördern, ihnen gemeinsame Räume und Infrastruktur anzubieten, damit sie Vorstandssitzungen und Jahresfeier abhalten können. Des Weiteren setzen wir uns für eine kostenlose Beratungsmöglichkeit zum Vereinsrecht und Fördermittelakquise ein.

11. Inklusive Beteiligung

Damit Beteiligung wirklich alle erreicht, ist folgendes notwendig:

- mehrsprachige Materialien und Events,
- niedrigschwellige Formate, die Sprache, Kultur und Zugangsbarrieren berücksichtigen,
- Kooperation mit Community-Organisationen, Migrant:innenverbänden, Moscheegemeinden, Kulturvereinen usw.

VI. Zukunftsausblick

12. Vision für 2032 & messbare Ziele

Wir möchten bis 2032 erreichen:

- spürbar kürzere Bearbeitungszeiten für Integrations- und Verwaltungsprozesse,
- gesteigerte Zufriedenheit der Bevölkerung mit Verwaltungsdiensten (messbar durch regelmäßige Umfragen),
- höhere Beschäftigungsquoten für Menschen mit Migrationsgeschichte,
- deutliche Zunahme der Teilhabe- und Beteiligungszahlen in kommunalen Gremien,
- stabile Wohnverhältnisse, gerechte Wohnverteilung und divers geöffnete Stadtteile.
- Deutliche Zunahme der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte bei der Stadt Nürnberg und ihren Töchtern, auch in Führungspositionen

Sehen Sie hierzu bitte auch unsere Anträge:

[Einbürgerungsanträge im Zuge des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes: Trends und Kapazitäten in Nürnberg | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Partizipation stärken: Bürger:innenräte zu ausgewählten Themen | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Neukonzeption des Dienstleistungsangebots im Ämterkomplex Äußere Laufer Gasse | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Situation von Jesid:innen in Nürnberg | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Bericht über Abschiebepläne vom Flughafen Nürnberg | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Ukrainische Geflüchtete: Ablaufende Aufenthaltstitel | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Bleibperspektive für aus der Ukraine geflohene Drittstaatler*innen | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Humanitäre Hilfe für Ukraine-Geflüchtete mit Behinderung | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Kultur hilft Kultur – Unterstützung für Kulturschaffende in Not aus der Ukraine, Belarus und Russland | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Ukraine-Geflüchtete: Verantwortung durch die Städtepartnerschaften | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Solidarität und Hilfe für die Ukraine: Jetzt vielfältige Verantwortung übernehmen | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Versorgung von ukrainischen Kindern an Nürnberger Schulen | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung und Anerkennung, dass jegliche Verwendung des N*Wortes rassistisch ist | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Aktuelle Krisensituation in Afghanistan: Aufnahme schutzbedürftiger Geflüchteter | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Umsetzung der Härtefallregelungen bei der Gebührensatzung für Asylunterkünfte der Stadt Nürnberg | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Einrichtung einer Einzelfallkommission in ausländerrechtlichen Fragen | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Zweifel an Rechtmäßigkeit der Bezahlkarte: Bitte um Aussetzung der Einführung in Nürnberg | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Reform der Ausländerbehörde | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Aufnahmebereitschaft für Menschen an der polnisch-weißrussischen Grenze | Grüne Fraktion Nürnberg](#)

[Verpflichtungserklärung nach §§ 66-68 Aufenthaltsgesetz | Grüne Fraktion Nürnberg](#)